Donnerstag, 6. April 1989

Schwerer Eingriff in die Natur

Gemeinderat will Verfüllung des Rübentales stoppen / Kreis soll gehört werden

m. NACKENHEIM — Nach einstimmigem Beschluß wollen die Ortsparlamentarier eine sofortige einstweilige Verfügung erwirken, um der Verfüllung des „Rübentales" unweit der L434 in Richtung Lörzweiler Einhalt zu gebieten. Auf einer Fläche von rund 25000 Quadratmetern mit einem Höhenunterschied von elf Metern wird dort (wir berichteten bereits) nicht definiertes Material aus Hessen durch eine Firma aus Hochheim-Massenheim angefahren.

Richard Speckenheuer (SPD), der die Anfrage, die zum Beschluß führte, stellte, bemerkte, die untere Landespflegebehörde der Kreisverwaltung, die sonst hohe Auflagen stelle, habe wohl dem hessischen Unternehmen die Genehmigung erteilt. Die Natur werde „umgebaut", und eine Böschung, wo Vögel genistet hätten, vernichtet. Wie die Wasserführung im neuen Abhang aussehe, sei fraglich. Genau dieselbe Behörde stelle der Gemeinde in den Bebauungsplänen hohe Auflagen für den ökologischen Ausgleich. Außerdem sollen die Kleingärtner ihre etwas größer ausgefallenen Lauben wieder abreißen. Ein Nackenheimer Winzer sei mit 100000 Mark Strafe bedroht worden, weil er an seiner Böschung Hecken beschnitten und teilweise abgeholzt habe, erklärte Speckenheuer.

Er selbst habe beobachtet, daß die Firma Muttererde abfahre und dafür teilweise Schutt, Stahl- und Betonteile nach Nackenheim bringe. Speckenheuer weiter: „Gott schütze den Ort vor einer solchen Behörde". In einer 7-Punkte-Anfrage wollte er wissen, ob die Gemeinde, die VG oder sonstige zuständige Stellen in der Region eine Genehmigung dazu erteilt hätten. Weiter fragte Speckenheuer, ob Auswirkungen auf den Naturhaushalt bekannt seien, wie die Anlieger dazu stünden und wer für Folgeschäden hafte.



Massive Kritik an der Kreisverwaltung übte der Nackenheimer Gemeinderat wegen Erdauffüllungen an der Straße nach Lörzweiler. Bild: Martin Kämper

Bürgermeister Günter Ollig versicherte, die Gemeinde sei nicht gehört worden und habe keine Genehmigung zur Verfüllung gegeben. Landschaftsarchitekt Raible von der Kreisverwaltung habe ihm lediglich einen Plan bei ihrer jüngsten Begegnung übergeben. Für Folgeschäden könne die Gemeinde nicht haften, zumal sie nicht gefragt worden sei. CDU-Fraktionssprecher Alfred Hoffmann bezeichnete die Maßnahme als einen Eingriff in die Natur. Zunächst sollte eine sofortige Rücksprache mit dem Landrat erfolgen und bis zur Klärung der offenen Fragen eine einstweilige Verfügung zum Stop von weiteren Anfuhren erwirkt werden.

Verbandsbürgermeister Gerhard Krämer vertrat die Meinung, obwohl er die Sachlage nach der Rückkehr aus dem Urlaub nicht kenne, werde die Änderung des Flächennutzungsplanes mit einem Planfeststellungsverfahren in dieser Größenordnung erforderlich. Die Einschaltung des Verwaltungsgerichtes sei überlegenswert. Wolfram Schumacher (SPD) regte eine Sondersitzung in dieser Sache an. Nur der Landrat könne eine genaue Auskunft geben.